



Regierungsratsbeschluss vom 26. August 2014

Kantonale Initiative "Strassen teilen - JA zum sicheren und hindernisfreien Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr (Strasseninitiative Basel-Stadt)" und Gegenvorschlag für eine Anpassung des Umweltschutzgesetzes betreffend Massnahmen an Hauptverkehrs- und Hauptsammelstrassen

P131547

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Die Volksinitiative „Strasse teilen – Ja zum sicheren und hindernisfreien Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr (Strasseninitiative)“ nimmt Bezug auf die gesetzlich vorgegebene Verkehrspolitik des Kantons und entspricht im Grundsatz dem Entwurf des verkehrspolitischen Leitbilds. Einzelne Forderungen sind aber sehr absolut formuliert, gehen deutlich zu weit und sind in der vorgegebenen Frist kaum umsetzbar. Der Regierungsrat schlägt dem Grossen Rat deshalb vor, die Kernpunkte der Initiative in einem Gegenvorschlag aufzunehmen und zu konkretisieren. Mit einer Verlängerung der Übergangsfrist von fünf auf zwanzig Jahre werden zudem die praktische Umsetzbarkeit erhöht und die Kosten erheblich reduziert.

